



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/151

26. Oktober 1949

" Sor b i e n "

J.S. Während sich die Regierung Grotewohl noch bemüht, die "Friedensgrenze" der Oder und Neisse plausibel zu machen, haben die östlichen Anrainer der Sowjetzone bereits Schritte unternommen, die Grenze westwärts bis an die Spree zu verlegen. Die Vorbereitungen dazu stammen nicht erst von heute; sie begannen am Tage des deutschen Zusammenbruches und sind nun soweit gediehen, dass sie in ernetzunehmenden Forderungen ihren Niederschlag finden.

Vor einigen Tagen, kurz nach der Anerkennung Grotewohls, hat der Pressedienst des tschechoslowakischen Informationsministeriums die Forderungen der Lausitzer Wenden, der sogenannten Sorben, offiziell angemeldet. Die Forderungen beginnen mit dem Verlangen nach einer Autonomie für elf Kreise der Lausitz und enden mit der vollen staatlichen Souveränität eines selbständigen Wendenstaates. Als Zwischenlösung wird ein eventuelles gemeinsames Protektorat Polens und der Tschechoslowakei über dieses Gebiet für annehmbar bezeichnet.

Die Forderung konnte nicht deutlicher sein; ebenso deutlich ist die Missachtung, die man der Ostzonenregierung entgegenbringt. Nicht weniger deutlich ist die Gefahr, die auf dem rötlichen Himmel jenseit des Eisernen Vorhanges heraufdämmert. Das in der letzten Konsequenz beanspruchte Gebiet reicht von der tschechoslowakischen Grenze nördlich von Gablonz bis vor die Tore Berlins und verschluckt in westlicher Richtung alles Gebiet, das zwischen der Oder und Neisse einerseits, Kamenz, Elster und Finsterwalde andererseits liegt. Dresden, Grossenhain und Liebenwerder liegen nur wenige Kilometer ausserhalb

des beanspruchten Gebietes. Bis zum Zusammenbruch traten die Wenden nur noch in Lexika und folkloristischen Handbüchern in Erscheinung. Um die Jahrhundertwende zählte man noch rund 120.000 Angehörige dieses ehemaligen Slawstammes an der Lausitz. Dann schmolz der slawische Rest im deutschen Meer trotz unbehinderter völkischer Entwicklung, bis man bei Ausbruch des Dritten Reiches kaum mehr von etwa 60.000 Wenden sprach, die nur noch in verschwindend kleinen Kerngebieten sich ihr ursprüngliches Gepräge erhalten hatten, im übrigen aber in der deutschen Nachbarschaft aufgegangen waren.

Als bei Kriegsende der Panlawismus im Bolschewismus das einigende Element fand, blühte auch der Weizen der Wenden auf. In Prag und in Warschau schossen die Vereine zur Förderung des "slawischen Brudervolkes" aus der Erde, in den Propagandaministerien wurden eigene sorbische Abteilungen eingerichtet und bald flutete über die deutschen Volksbrücken hinweg der Verkehr in beiden Richtungen. Wer sich zu den Sorben bekannte, erhielt bessere Lebensmittellkarten und blieb von den sowjetischen Kontributionen verschont, er gehörte mit zu den Siegern. Kein Wunder, dass so mancher eine wendische Grossmutter entdeckte oder notfalls diese Grossmutter durch Sympathien ersetzte. Die wirklichen Sorben waren nicht wählerisch, sie hatten nur dafür zu sorgen, dass sie Prag und Warschau recht grosse Zahlen lieferten. Noch am 7. September 1946 meldete die "Lausitzer Rundschau" in Bautzen, dass sich bei der vorangegangenen Volkszählung in der Stadt Bautzen von 38.600 Einwohnern 500 (1,1 %), in Bautzen Stadt und Land von 165.000 Einwohnern 13.000 (7,6 %) als Sorben bezeichnet hatten. Bautzen liegt im Kerngebiet der sächsischen Wenden. Kurz darauf sprach man bereits von insgesamt 600.000 Wenden, die angeblich in dem heute beanspruchten Gebiet siedeln und mit diesen Zahlen operieren nun Prag und Warschau.

Ob freiwillig oder gezwungen - die SED machte dieses Spiel mit. Bei den Gemeindevahlen im Sommer 1947 kandidierten die Wenden auf der Liste der SED. Damit sollte einesteils der SED die Stimmenmehrheit verschafft, andernteils verhindert werden, dass über die Wahl-

zettel die wirkliche Zahl der Sorben bekannt wurde. Das Letztere ist gelungen.

Solange die Sorben mit ihren malerischen Trachten nur eine reizvolle Erscheinung des Lausitzer Landschaftsbildes darstellten, war gegen ihre Existenz nichts einzuwenden. Das Bild ändert sich, sobald hinter den wendischen Trachten die Uniformen der Roten Armee auftauchen. Ein selbständiger sorbischer Staat müsste natürlich ein "Schutz"-Bündnis mit Moskau abschliessen und russische Instrukturen und Lehrtruppen hätten auch dann eine Daseinsberechtigung in "Sorbien", wenn der Rest der Zone vielleicht von der Roten Armee geräumt wäre. Berlin stünde dann jederzeit in der Reichweite russischer, tschechischer oder polnischer, auf jeden Fall kommunistischer Kanonen.

:::::

Der Zusammenbruch des skandinavischen Kommunismus

Z.V. Oslo, im Oktober 1949

Der Vormarsch des Kommunismus, der nach Ende des Krieges für fast alle europäischen Länder charakteristisch war, ist am gründlichsten in den drei skandinavischen Ländern aufgehalten und in einen Zusammenbruch verwandelt worden. Das geschah nicht durch repressive Massnahmen. Keinem Kommunisten ist in diesen Ländern in der Zeit nach dem Kriege auch nur ein Haar gekrümmt worden. Sie genossen und geniessen dieselben Rechte wie alle anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien. Man hat ihnen zum Teil die materiellen Schäden zurückerstattet, die sie während des Krieges und der Besetzung erlitten hatten und sie waren in der ersten norwegischen Regierung nach dem Kriege mit zwei Ministern vertreten. Im gleichen Lande hat das zentrale Organ der Kommunisten "Friheten" eine Zeitlang nach dem Kriege die grösste Auflage aller Zeitungen besessen, die in den drei Ländern von den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien herausgegeben worden sind. Heute ist es ein kleines, kaum mehr beachtetes Blatt.

Die kurz skizzierte Entwicklung ist durch die letzten Wahlen

in Norwegen ausserordentlich aktualisiert worden. Ihr Prozentanteil an den Gesamtstimmen ist von den Stortingswahlen 1945 bis zu den Oktoberwahlen 1949 von 11,9 auf 5,8 % zurückgegangen.

In Dänemark war bereits 1947 die gleiche Tendenz in den Reichstagswahlen deutlich geworden, sie setzte sich 1948 in Schweden fort und hat nun in Norwegen ihren bisher stärksten Ausdruck gefunden. In Dänemark sank der kommunistische Anteil von 12,4 auf 6,8 %, in Schweden von 10,3 auf 6,3 %.

Diese Entwicklung ist das historische Verdienst der sozialdemokratischen Parteien in den betreffenden Ländern. Ihrer Politik ist es zu danken, dass der Kommunismus, ehe er sich zu einem Faktor der Unruhe und Auflösung entwickeln konnte, mit den Mitteln der Demokratie aufgehalten und zum Rückzug gezwungen wurde.

Auf den Trümmern der kommunistischen Parteien haben die sozialdemokratischen Parteien ihren Vormarsch fortgesetzt. Sie haben sich als die beste und solideste Sicherung gegen den Kommunismus erwiesen. Nach dem grossen Siege der norwegischen Sozialdemokratie, die in einem Lande mit drei Millionen Einwohnern über 800.000 Stimmen auf sich vereinigen konnte, kann man für die skandinavischen Länder heute feststellen, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung durch den Kommunismus dort im Begriffe steht, vollständig überwunden zu werden. In den skandinavischen Ländern hat der Kommunismus seine Rolle ausgespielt. Von diesem Zusammenbruch wird er sich niemals mehr aus eigenen Kräften erheben können.

:::::

Keine Sozialdemokraten in der VVN.

Aus dem Büro des Vorstandes der SED wird mitgeteilt:

Immer wieder wird von der VVN versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob Sozialdemokraten an ihren Arbeiten teilnehmen. Solche Behauptungen, wie sie kürzlich wieder über den Bremer Sender verbreitet wurden, sind eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit. In Wirklichkeit ist kein Sozialdemokrat in der VVN tätig und kein Sozialdemokrat denkt daran, sich als Aushängeschild für diese schlecht getarnte kommunistische Organisation missbrauchen zu lassen.

Der Lastenausgleich wird verschoben

Dr. Schäffers Ankündigung der Aufwertung von Altsparkonten trägt ~~einen propagandistischen~~ sozialen Unterton. Das Vertrauen der Altsparer soll damit zurückgewonnen und die Härten der Währungsreform ausgeglichen werden. Welcher Inhaber eines Altsparkontos und besonders welcher Invalide und Flüchtling sieht da nicht ein Hoffnungsflückerchen aufglimmen, noch einmal, und nach Schäffers Ankündigung bald, in den Besitz einiger Groschen zu gelangen, die die gegenwärtigen Sorgentage erhellen.

Zu solchen Vorstellungen ist aber absolut kein Anlass.

Niemand in der Bundesregierung denkt daran, die zu mobilisierenden Beträge etwa dem Verbrauch durch die kleinen Sparer zuzuführen. Es besteht nur die Absicht, neue Kapitalien für den Investitionsbedarf der Wirtschaft zu gewinnen.

Von der Opposition ist schon seit langem der Standpunkt vertreten, dass eine Kreditausweitung von ca. 25 Mrd. DM möglich sei, ohne damit in die Inflation abzurutschen. Diese zunächst bestrittene Ansicht haben sich die Finanzexperten nun zu eigen gemacht und sie versuchen, über die Mobilisierung der sogenannten "Schattenquoten" von 10 Prozent der Altsparkonten und der 3 1/2 Prozent gestrichenen "Festkonten" ein Kreditvolumen zu schaffen, dessen Umfang man auf insgesamt 12 bis 14 Milliarden DM schätzt.

Sollte es zu dieser Aufwertung der 10-Prozent-Schattenkonten (neun Milliarden DM) und der gestrichenen 3 1/2 % (3 ~ 4 1/2 Mrd. DM) kommen, so sollen diese Beträge lediglich zu Lastenausgleichszahlungen verwendet werden dürfen, sie dienen also praktisch der Mobilisierung der sonst von der Wirtschaft bereitzustellenden Barbeträge für den Lastenausgleich, die nunmehr für Investitionszwecke zur Verfügung stehen. Damit wird also der Lastenausgleich keineswegs gefördert, sondern verschoben, da er nunmehr aus fest^{frierenden} Kapitalien finanziert werden muss, die erst in einer längeren Zeitdauer aufgetaut werden können.

Der Kleinsparer hat von dieser "Aufwertung" wenig zu erwarten.

Er wird ja kaum Lastenausgleichszahlungen zu leisten haben, sondern im Gegenteil Zahlungen aus dem Lastenausgleich erwarten. Er wäre gezwungen, sein Aufwertungskonto auf der Börse einzuhandeln, die für die anfallenden Kleinbeträge erstens kaum Interesse zeigen dürfte und ausserdem Abschläge bis zu 2 1/2 % vornehmen würde. Diese Kleinsparerkonten wären also nur günstige Handelsobjekte der Einlageinstitute.

Das Finanzministerium hofft ausserdem, mit dieser Art Aufwertung gleichzeitig die Ansprüche der Lastenausgleichsberechtigten zu vermindern. Es steht noch nicht fest, ob die dadurch anfallenden Beträge etwa zum sozialen Wohnungsbau von der Bundesregierung planmässig eingesetzt oder etwa der Wirtschaft zur freien Verfügung überlassen werden soll^{en}. Das letztere ist aber als sicher anzunehmen. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Bundesregierung einen berechtigten sozialen Anspruch in ein Geschäft der Wirtschaft zu verwandeln weiss, ohne zu versäumen, sich mit dem Heiligenschein einer christlich-sozialen Politik zu tarnen.

:::::

(b/3/2610/2:hs)

Presseausschuss bei der SPD. (sp.) Im Anschluss an die letzte Sitzung des SPD-Vorstandes in BONN, in der eingehend über verlegerische und journalistische Probleme gesprochen wurde, ist ein Ausschuss für Pressefragen gebildet worden, der ausschliesslich aus Mitgliedern des SPD-Vorstandes besteht, und zwar aus: Willi Eichler, Köln - Willi Fischer, Nürnberg - Emil Gross, Bielefeld - Fritz Heine, Hannover - Fritz Henssler, Dortmund - Alfred Nau, Hannover - Erwin Schöttle, Stuttgart.

Der Ausschuss soll den Vorstand in allen Pressefragen beraten und die sich aus der Materie ergebenden Probleme untersuchen und Vorschläge machen. Die Geschäftsführung liegt beim Büro des Parteivorstandes in Hannover, Odeonstr.15/16.

Verräterische Schreibmaschine. (sp.) In Braunschweig hat sich ein "kleiner Kreis sozialdemokratischer Funktionäre" unter der selbstgewählten Spitzmarke "Sozialistische Besinnung" aufgetan. Er verschickt ein Rundschreiben, das in nun schon altgewohnter Weise Kritik an der sozialdemokratischen Politik der Nachkriegszeit übt und die bekannten Scheinargumente zusammenträgt, deren sich gewisse, vom Osten ferngelenkte politische Gruppen immer wieder bedienen.

Man würde keinen Anlass haben, auf diesen Vorgang einzugehen, wenn er nicht auch eine amüsante Seite hätte. Die genaue Prüfung des Manuskriptes ergibt nämlich zweifelsfrei, dass dieser Brief auf derselben Schreibmaschine geschrieben worden ist, auf der Mitteilungen und Rundschreiben der KP in Braunschweig angefertigt werden.